

POSTULAT von Hans-Jörg Fischer (SD, Egg)

betreffend Energisches Vorgehen gegen sogenannte "Sans-Papiers-Illegale"

Der Regierungsrat wird gebeten, ein energisches Vorgehen gegen sogenannte „Sans-Papiers“, das heisst illegal in der Schweiz wohnhafte Ausländer insbesondere im Sinne folgender Massnahmen zu prüfen:

- Häufigere systematische Personenkontrollen in dicht besiedelten Gebieten mit hohem Ausländeranteil, Asylantenunterkünften, vernachlässigten Liegenschaften und an anderen Orten, wo sich illegale Aufenthalter erfahrungsgemäss niederlassen können, ohne sofort aufzufallen.
- Regelmässige Aufrufe an die Bevölkerung, die Augen offen zu halten und bei Verdacht auf illegalen Aufenthalt von Ausländern Meldung zu erstatten (eventuell Einrichtung einer zentraler Meldestelle).
- Ermunterung von Liegenschafteneigentümern, bei Besetzungsaktionen sogenannter „Sans-Papiers“ Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs zu stellen.
- Sofortiges Eingreifen bei organisierten Aktionen sogenannter „Sans-Papiers“ mit dem Ziel, tatsächlich illegal anwesende Ausländer polizeilich aufzugreifen und umgehend ausser Landes zu schaffen.
- Verbot von Organisationen (Art. 57 Abs. 3 ZGB) und konsequente strafrechtliche Verfolgung von Personen (gemäss Art. 23, Abs. 1 al. 5 Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer [ANAG]), welche den illegalen Aufenthalt von Ausländern aktiv erleichtern.
- Regelmässiger Abgleich von Datenbeständen verschiedener Verwaltungsorgane mit dem Ziel, illegale Aufenthalter aufzuspüren.
- Vorstellig werden bei den Bundesbehörden mit dem Ziel einer strengeren Praxis bei der Visa-Erteilung gegenüber Bürgern von Staaten, aus denen erfahrungsgemäss viele illegale Zuwanderer kommen.
- Vorstoss bei den Bundesbehörden: Eine Revision der Aufenthaltsbewilligung erhält, wer während eines illegalen Aufenthalts (zum Beispiel durch Heirat) einen Rechtsstatus erlangt, der an sich Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung gäbe.

Begründung:

In letzter Zeit sind illegale Aufenthalter, sogenannte „Sans-Papiers“, sehr negativ in der französischen Schweiz aufgefallen; sie besetzten Kirchen. Da auch im Kanton Zürich von sehr vielen illegal Anwesenden auszugehen ist, muss man damit rechnen, dass sie auch in Zürich

Wieder aufgenommenener Vorstoss.
Ursprüngliche Einreicher: Rolf Boder (SD, Winterthur) und Hans Jörg Fischer (SD, Egg)

oder anderswo in der Deutschschweiz ein ähnliches „Theater“ aufführen werden. Der Vorfall dieses Wochenende in der Grossmünster-Kirche erhärtet den Verdacht. Um dies zu verhindern, hat der Erstunterzeichner einen Massnahmenkatalog aufgestellt. Von seiner Arbeit als Flughafenpolizeibeamter bringt er sehr grosse Erfahrungen mit, weil die Illegalen im Flughafen bei der Passkontrolle ausreisen. Bei den Verzeigungen kommen die verschiedensten Aussagen zum Vorschein. Mit diesen Massnahmen kann man den illegalen Aufenthaltern, das Leben im Kanton Zürich so schwer wie möglich machen. Problematisch ist insbesondere, wenn illegal anwesende Leute auch kriminell tätig sind. Wir als Politiker sind dem Steuerzahler schuldig, dass das Gesetz auch umgesetzt wird.